

## **Antrag D 1 des Bundesvorstands**

**Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft.**

**Weichen stellen für ein innovatives und wettbewerbsfähiges Deutschland.**

## 1 **Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft.**

### 2 **Weichen stellen für ein innovatives und wettbewerbsfähiges Deutschland.**

3

4 Unser Land ist in den fast zehn Jahren, in denen die CDU regiert, wieder zu einer der welt-  
5 weit führenden Volkswirtschaften und zu einem Stabilitätsanker für Europa geworden. Die  
6 Menschen in Deutschland profitieren von der positiven Entwicklung. Seit 2005 hat sich die  
7 Arbeitslosenquote in Deutschland halbiert. Mit über 42 Millionen Erwerbstätigen haben  
8 heute so viele Menschen Arbeit wie nie zuvor. Die realen Nettolöhne steigen 2014 schon  
9 das sechste Jahr in Folge – das gab es noch nie seit der Deutschen Einheit.

10

11 Unser Erfolg beruht ganz wesentlich darauf, dass Deutschland ein Industrieland ist. Viele  
12 tausend große und kleine Unternehmen sind weltweit Marktführer. Unser Ziel ist es, dass  
13 unser Land seinen Platz als führendes Industrieland, als starke Wirtschaftsnation und als  
14 geschätzter und leistungsstarker Partner in der Welt behaupten kann. Wir wollen weiter zu  
15 den wettbewerbsfähigsten, innovativsten und attraktivsten Ländern der Welt gehören.  
16 Dieses Ziel zu erreichen, ist eine Zukunftsfrage nicht nur für unser Land, sondern für ganz  
17 Europa. Deshalb wollen wir uns gemeinsam mit unseren europäischen Partnern dem welt-  
18 weiten Wettbewerb stellen und unseren Beitrag leisten, damit Europa und die Werte, für  
19 die wir stehen, auch künftig in der Welt ihre Bedeutung behalten.

20

#### 21 **I. Land der digitalen Chancen**

22 Die Digitalisierung verändert alle Bereiche unseres Lebens. Die Frage, wie wir in Deutsch-  
23 land und Europa mit dieser Herausforderung umgehen, entscheidet ganz wesentlich über  
24 die Stärke unserer Volkswirtschaft und damit über unseren Wohlstand in der Zukunft. Die  
25 CDU setzt sich dafür ein, dass Deutschland die Chancen der Digitalisierung nutzt. Ein  
26 wichtiger Schritt auf diesem Weg ist die Digitale Agenda. Sie gibt die Leitlinien der  
27 Digitalpolitik der unionsgeführten Bundesregierung vor und bündelt Maßnahmen – von  
28 den digitalen Infrastrukturen über die digitale Wirtschaft, über Bildung und Forschung bis  
29 zu gesellschaftlichen Aspekten sowie der europäischen und internationalen Dimension.  
30 Die CDU wird die Umsetzung und Weiterentwicklung der Digitalen Agenda zum Beispiel  
31 mit dem neu geschaffenen Netzwerk Digitalisierung der CDU Deutschlands intensiv  
32 begleiten.

33

34

**35 Schnelles Netz ausbauen und Zugang ermöglichen**

36 Das Fundament der digitalen Gesellschaft sind schnelle Netze. Deshalb ist es für die CDU  
37 zentral, bis 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung mit Geschwindigkeiten von  
38 mindestens 50 Megabit pro Sekunde zu erreichen. Wir wissen, dass das ein ambitioniertes  
39 Ziel ist. Studien gehen davon aus, dass die technologieoffene Versorgung aller deutschen  
40 Haushalte mit 50 Mbit/s mindestens 20 Milliarden Euro kostet, wovon allein die Versor-  
41 gung der letzten fünf Prozent der Haushalte mit acht Milliarden Euro zu Buche schlagen  
42 würde. Zugleich wissen wir, dass viele Unternehmen noch schnellere und leistungsfähigere  
43 Netze brauchen. Deshalb begrüßen wir, dass die IKT-Unternehmen (Informations- und  
44 Kommunikationstechnologie) angekündigt haben, mehr als acht Milliarden Euro in den  
45 Ausbau ihrer Netze zu investieren. Wir setzen beim Netzausbau auf einen intelligenten  
46 Technologiemix. Der Netzausbau erfordert auch eine gemeinsame Kraftanstrengung von  
47 Kommunen, Ländern, dem Bund und der Europäischen Union – besonders dort, wo die  
48 Wirtschaftlichkeit des Netzausbaus in Frage steht. Wir werden mit intelligent gestalteten  
49 Förderprogrammen die vorhandenen Wirtschaftlichkeitslücken schließen, um unser Ziel zu  
50 erreichen. Wir begrüßen, dass die Einnahmen des Bundes aus der Versteigerung der Funk-  
51 frequenzen im kommenden Jahr in den Breitbandausbau investiert werden sollen. Wir ru-  
52 fen die Länder dazu auf, auch mit ihrem Anteil an dem Erlös den Ausbau der schnellen  
53 Netze voranzutreiben.

54

55 Die CDU setzt sich dafür ein, dass auch in Deutschland kostenloses WLAN in allen öffentli-  
56 chen Gebäuden, in der Bahn und auf Flughäfen vorhanden ist. Ebenso sollen zum Beispiel  
57 Restaurants, Cafés, Hotels und andere Einrichtungen öffentlich zugängliches WLAN anbie-  
58 ten können, ohne für eventuellen Missbrauch durch die Nutzer haften zu müssen. Dazu  
59 werden wir die Anbieter öffentlicher WLAN-Netze sogenannten Providern (Netzanbietern)  
60 rechtlich gleichstellen.

61

62 Wir wollen Netzneutralität sicherstellen: Unabhängig von Sender und Empfänger sollen  
63 alle Datenpakete diskriminierungsfrei übertragen werden. Netzwerkmanagement muss  
64 allerdings dort möglich sein, wo es geboten ist, damit bandbreitensensible Daten und An-  
65 wendungen verlässlich und ohne Verzögerung übertragen werden bzw. zum Einsatz kom-  
66 men können, z. B. für Anwendungen der Telemedizin oder auch für digitale Mobilität.

## 67 **Wachstumschancen der Industrie 4.0 nutzen**

68 Neben neuen Geschäftsfeldern für junge innovative Unternehmen ergeben sich vor allem  
69 für die klassische Industrie durch Automatisierung, Digitalisierung und Vernetzung viele  
70 neue Möglichkeiten. Diese sogenannte Industrie 4.0 bietet große Zukunftschancen für die  
71 deutsche Industrie. Deutschland hat mit seinem hohen Niveau in der Forschung, mit inno-  
72 vativen Anbietern von Produktionstechnologien, mit führenden Herstellern von eingebet-  
73 teten Systemen (Computer, der in einen technischen Kontext eingebunden ist) und einer  
74 dynamischen Branche für IT-Sicherheitstechnologien gute Voraussetzungen, um zum  
75 Leitmarkt beim Aufbau der Industrie 4.0 zu werden. Wir wollen die Verbreitung der neuen  
76 Technologien in den klassischen wie den neuen Branchen industrieller Fertigung und in-  
77 dustrienahe Dienstleistungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Industrie 4.0  
78 muss auch und gerade eine Sache unseres leistungsstarken Mittelstands werden.

79  
80 Ein Beispiel für diese Veränderungen ist das Auto. Schon bald wird die Leistungsfähigkeit  
81 des Betriebssystems des Autos für die Kaufentscheidung mindestens so wichtig sein wie  
82 die Frage, welcher Hersteller die Karosserie gebaut hat. Die Entwicklungen zum vernetzten  
83 und automatisierten Fahren eröffnen deutschen Autobauern und ihren meist mittelständi-  
84 schen Zulieferern enorme Potenziale. Wir wollen die dafür bereits stattfindende For-  
85 schung unterstützen und im Datenschutz und in der Gesetzgebung die regulatorischen  
86 Rahmenbedingungen schaffen, damit autonomes Fahren künftig ein Innovations- und  
87 Wachstumstreiber wird.

88

## 89 **Neue Datenpolitik gestalten**

90 Die CDU setzt sich für eine neue Datenpolitik ein, die eine Nutzung der wirtschaftlichen  
91 Chancen ermöglicht und zugleich die Sorgen der Menschen ernst nimmt. Mit der EU-  
92 Datenschutzgrundverordnung wollen wir einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt  
93 schaffen. Dabei wollen wir innovationshemmende Regelungen abbauen und wirksame  
94 Kontrollmechanismen für die Verwendung von Daten einführen, damit die EU-  
95 Datenschutzgrundverordnung Chancen für digitale Geschäftsmodelle und Sicherheit für  
96 die Bürger schafft. Dazu gehört auch ein klarer Rahmen für die Nutzung von „Open Data“,  
97 also Daten der öffentlichen Verwaltung, die Behörden, Ämter, Gerichte und andere  
98 staatliche Stellen pflegen, wie z. B. Umweltdaten, geographische Daten, statistische  
99 Daten, Gesetze und Verordnungen. Wir wollen dafür sorgen, dass Daten unter Wahrung

100 des Datenschutzes und der Datensicherheit genutzt werden können, zum Beispiel zur  
101 Verkehrslenkung, zur Steuerung unseres Energieverbrauchs oder für die individuelle  
102 Gesundheitsvorsorge.

103  
104 „Big Data“ – die intelligente Auswertung von großen Datenmengen – kann wichtige Infor-  
105 mationen z. B. über Marktentwicklungen und Kundenbedürfnisse liefern und wird damit  
106 eine zentrale Komponente künftiger Wertschöpfungsketten sein. Wir wollen die Anwen-  
107 dung fördern, aber Risiken minimieren. Deshalb begrüßen wir, dass die Bundesregierung  
108 Big-Data-Kompetenzzentren in Berlin und Dresden eingerichtet hat. Sie werden dazu bei-  
109 tragen, Instrumente zu entwickeln, mit denen aus bloßen Daten nützliches Wissen gene-  
110 riert werden kann, und dazu beitragen, dass wir uns sicher und selbstbestimmt in der digi-  
111 talen Welt bewegen können.

112  
113 Wir brauchen einen digitalen Ordnungsrahmen, der Freiheit und Sicherheit im Netz in Ein-  
114 klang bringt. Gleichzeitig gehen wir mit unserem nationalen IT-Sicherheitsgesetz voran.  
115 Gemeinsam mit der Wirtschaft arbeiten wir daran, insbesondere unsere kritischen Infra-  
116 strukturen vor digitalen Angriffen möglichst umfassend zu schützen.

117  
118 **II. Land der klugen Köpfe**  
119 Zentrale Grundlage für zukünftigen Wohlstand in unserem Land sind Bildung, Wissen-  
120 schaft und Forschung. Die unionsgeführte Bundesregierung hat seit 2005 ihre Ausgaben  
121 für Forschung und Entwicklung um 60 Prozent und für Bildung um 90 Prozent gesteigert.  
122 Allein den Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung haben wir in der  
123 Zeit nahezu verdoppelt. Wir unterstützen die Hochschulen und  
124 Wissenschaftsorganisationen mit dem Hochschulpakt für neue Studienplätze, der  
125 Exzellenzinitiative und dem Pakt für Forschung und Innovation. Mit der Hightech-  
126 Strategie fördern wir seit 2006 neue Technologien und Innovationen, forschungsstarke  
127 Netzwerke und erfolgreiche Cluster aus Wissenschaft und Industrie.

128  
129 Auch der jüngste Nobelpreis für Chemie an einen deutschen Wissenschaftler zeigt die  
130 Stärke unseres Forschungssystems. Unsere Hochschulen sind attraktiv für deutsche und  
131 ausländische Studierende. Alle internationalen Vergleiche sehen Deutschland unter den  
132 zehn führenden Innovationsnationen, beim Export von Hightech-Gütern liegen wir mit an

133 der Spitze. Fünf der zehn forschungsstärksten Unternehmen Europas sind in Deutschland  
134 angesiedelt.

135

### 136 **Spitzenposition im Innovationswettbewerb verteidigen**

137 Wir werden im weltweiten Innovationswettbewerb nicht nachlassen. Unser Anspruch ist, dass  
138 Deutschland weiterhin zur Weltspitze gehört. Auch künftig sollen in Deutschland drei  
139 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert werden. Dafür  
140 fördern wir Bildung und Forschung mit neun Milliarden Euro, die bis 2017 von der  
141 unionsgeführten Bundesregierung zusätzlich investiert werden. Wir stärken Hochschulen,  
142 Forschungseinrichtungen und Wissenschaftler: Unsere Forschungseinrichtungen können  
143 sich darauf verlassen, jährliche Mittelsteigerungen zu erhalten. Wir ändern das  
144 Grundgesetz so, dass der Bund die Hochschulen dauerhaft unterstützen kann. Wir sichern  
145 die Fortführung der Exzellenzinitiative. Die Länder erhalten neue Spielräume zur Stärkung  
146 von Hochschulen und Nachwuchswissenschaftlern durch die Übernahme der kompletten  
147 BAföG-Leistungen durch den Bund ab 2015.

148

149 Wir konzentrieren die erfolgreiche Hightech-Strategie auf Felder, die von hoher Innovati-  
150 onsdynamik geprägt sind und Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität versprechen. Es  
151 geht um Lösungen für die digitale Wirtschaft, um nachhaltiges Wirtschaften und Energie,  
152 um eine innovative Gestaltung der Arbeitswelt für mehr kreative Ideen und Zeitwohlstand,  
153 um Gesundheit, intelligente Mobilität und zivile Sicherheit. Wir setzen auf den weiteren  
154 Ausbau von Spitzentechnologien wie Bio-, Nano-, Informations- und Energietechnologien.  
155 Es geht uns aber nicht nur um technologiegetriebene Veränderungen, sondern auch  
156 soziale Innovationen können wichtige Impulse für Erneuerung, Wertschöpfung und  
157 Wohlstand geben, z. B. durch veränderte Arbeitsprozesse, Kooperationsformen,  
158 Kommunikationsweisen, Netzwerkbildung, Barrierefreiheit, lebensbegleitende  
159 Qualifikation und Weiterbildung.

160

### 161 **Offenheit für neue Technologien fördern**

162 Wir sind überzeugt: Wir müssen offen für neue Technologien bleiben. Wir werben dafür,  
163 dass wir in der Gesellschaft nicht nur auf die Risiken der Veränderungen unserer Zeit  
164 schauen, sondern den Blick auf die Chancen richten. So brauchen wir z. B. eine sachliche  
165 Diskussion darüber, wie grüne Gentechnik helfen kann, eine wachsende Weltbevölkerung  
166 zu ernähren, beispielsweise indem Pflanzen trockenheits- oder salzresistent werden, oder

167 auch wie Pflanzen als nachwachsende Rohstoffe für umwelt- und klimafreundliche Pro-  
168 dukte genutzt werden können. Auch an deutschen Hochschulen und Wissenschaftsinstitu-  
169 ten soll Forschung in diesem Bereich möglich sein und gefördert werden.

170

171 Zur Offenheit gehört auch Entdeckergeist. Dieser zeigt sich in der Raumfahrt, die wichti-  
172 ger Impulsgeber für Innovationen ist. Sie ermöglicht Experimente wissenschaftlicher  
173 Grundlagenforschung, durch die viele Medikamente und Werkstoffe für unsere Industrie  
174 und den deutschen Mittelstand erst entwickelt werden konnten. Die Raumfahrt ist ein  
175 wichtiger Standortfaktor. Deshalb setzen wir uns für einen baldigen weiteren Einsatz deut-  
176 scher Astronauten auf der ISS ein. Entdeckergeist beschränkt sich aber nicht aufs Weltall,  
177 sondern setzt sich u. a. in der Tiefsee oder anderen vergleichsweise schwer erreichbaren  
178 Orten fort. Hier gilt es neue Chancen zu ergründen und sie länderübergreifend in verant-  
179 wortungsvoller Art und Weise zu ergreifen. Dies gilt beispielweise bei der Frage des künf-  
180 tigen Umgangs mit Arktis und Antarktis.

181

### 182 **Anwendung von Forschungsergebnissen unterstützen**

183 Wir setzen auf die innovativen Schlüsselbranchen unserer Wirtschaft: Automobilbau,  
184 Chemie, Maschinenbau, Luft- und Raumfahrt, maritime Wirtschaft sowie die Gesund-  
185 heitswirtschaft als inzwischen größte Branche unserer Volkswirtschaft. Wir werden For-  
186 schung und Entwicklung im Mittelstand weiter fördern und die schnelle Übertragung von  
187 neuen Technologien, insbesondere den Digitaltechniken, auf die gesamte Wirtschaft und  
188 den Mittelstand unterstützen. Dabei werden wir Fachhochschulen und regionale Netz-  
189 werke und Cluster einbeziehen. Der Staat soll Innovationen bei der öffentlichen Beschaf-  
190 fung stärker berücksichtigen und Normung und Standardsetzung im Interesse der deut-  
191 schen Wirtschaft international vorantreiben. Unser Ziel ist, dass sich auch die Finanze-  
192 rungsbedingungen von Innovationen verbessern. Wer in die Gründerförderung investiert  
193 und dort Innovationen und Wachstum finanziert, der soll auch steuerliche Vorteile haben.  
194 Die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung bleibt bei uns auf der Tages-  
195 ordnung, sobald wir hierfür Haushaltsspielräume haben.

196

### 197 **Innovativ bleiben in einer alternden Gesellschaft**

198 Unser Ziel ist es, Deutschland weltweit zum Vorbild dafür zu machen, wie eine alternde  
199 Gesellschaft offen für Innovationen bleiben und wirtschaftliche Dynamik entfalten kann.  
200 Wir setzen auf Weiterbildung, eine altersgerechte Arbeitsgestaltung, die Förderung von

201 Gesundheit und Flexibilität sowie die Verbindung der Erfahrung älterer mit der Kreativität  
202 jüngerer Menschen.

203

204 Wir werden Deutschland zu einem Leitmarkt von Innovationen für ältere Gesellschaften  
205 machen. Deutschland hat die besten Voraussetzungen, denn in unserem Land sind die ge-  
206 fragten Branchen wie Automobil, Medizintechnik, Robotik und Pharma schon jetzt stark.  
207 Wir setzen uns ein für die Entwicklung von altersgerechten Verkehrskonzepten und Fah-  
208 rerassistenzsystemen sowie für eine entsprechende generationengerechte Gestaltung von  
209 Gebäuden und Städten. Deutschland kann sich hier neue Märkte und Geschäftsmodelle  
210 sichern, denn die Zahl der älteren Menschen steigt weltweit rapide an.

211

212 Innovationen im Gesundheitswesen tragen entscheidend dazu bei, dass wir heute immer  
213 älter werden und zugleich im Schnitt viel gesünder bleiben. Unser Ziel ist, dass Deutsch-  
214 land seine Spitzenposition beim medizinischen Fortschritt in der Welt behauptet und wei-  
215 ter ausbaut. Die Medizin wird sich im 21. Jahrhundert insbesondere durch die Fortschritte  
216 in den Biotechnologien grundlegend verändern. Biotech-Therapien ermöglichen zuneh-  
217 mend Behandlungsstrategien, die direkt die Ursache einer Krankheit angehen können und  
218 individuell zugeschnitten sind. Deutschland ist in der Biotech-Branche ein führender  
219 Standort. Insbesondere junge innovative Startup-Unternehmen wollen wir noch besser als  
220 bisher fördern.

221

222 Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen vor allem älteren,  
223 behinderten und chronisch kranken Menschen ein besseres Leben in den eigenen vier  
224 Wänden und eröffnen mehr gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten. Neue Technologien  
225 erleichtern Menschen mit Behinderung auch die Einbindung ins Arbeitsleben. Durch die  
226 Forschung im Bereich „Design für Alle“ (DfA) können Produkte, Dienstleistungen und  
227 Infrastrukturen entwickelt werden, die für alle Menschen nutzbringend eingesetzt werden  
228 können. Die Telemedizin entwickelt sich zu einem der stärksten Treiber für Innovationen  
229 bei den Abläufen in Praxen und Krankenhäusern und beschleunigt die Entwicklung der  
230 Medizintechnik. Telemedizinische Anwendungen können entscheidend zu einer  
231 bestmöglichen medizinischen Versorgung in ländlichen Räumen beitragen. Deshalb wollen  
232 wir den Aufbau einer umfassenden Telematikinfrastruktur für einen sicheren und  
233 schnellen Informationsaustausch etwa zwischen Krankenhäusern und Arztpraxen. Mit dem

234 E-Health-Gesetz schafft die unionsgeführte Bundesregierung die Grundlage für diese  
235 grundlegende digitale Revolution im Gesundheitswesen.

236

### 237 **Kluge Köpfe stärken**

238 Die wichtigste Voraussetzung für ein wettbewerbsfähiges und innovatives Deutschland  
239 sind gut ausgebildete Menschen. Daher gehört die Fachkräftesicherung zu den wichtigsten  
240 Aufgaben der nächsten Jahre; sowohl im akademischen Bereich als auch im Bereich der  
241 Ausbildungsberufe. Derzeit erfordern acht von zehn Berufsgattungen mit den größten  
242 Engpässen eine Berufsausbildung. Damit sich mehr junge Menschen für eine duale Ausbil-  
243 dung entscheiden, wollen wir auf die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer  
244 Bildung hinwirken und die Durchlässigkeit zwischen diesen beiden Bildungswegen verbes-  
245 sern. Daneben gilt es, Ausbildungs- und Studienabbrüche durch eine intensive individuelle  
246 Berufsberatung in allen Schulen zu verhindern.

247

248 Die Arbeitswelt der Zukunft braucht zunehmend Experten in den MINT-Fächern (Mathe-  
249 matik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik). Um das Innovationspotenzial Deutsch-  
250 lands voranzutreiben, wollen wir uns auf die Ansprüche einer technikbasierten und digita-  
251 len Wirtschaft vorbereiten. Dazu gehört auch eine frühe, erstklassige und mitreißende Bil-  
252 dung und Ausbildung für Schüler und Lehrer im MINT-Bereich, ganz besonders auch für  
253 Mädchen und Frauen, denn sie sind hier unterrepräsentiert.

254

### 255 **Potenzial von Frauen stärker nutzen**

256 Ein wichtiger Schritt zur Fachkräftesicherung besteht darin, das Potenzial von Frauen noch  
257 stärker zu nutzen. Die Frauenerwerbsbeteiligung hat in den zurückliegenden Jahren  
258 deutlich zugenommen. Viele Frauen wollen berufstätig sein oder ihre Arbeitszeit erhöhen.  
259 Deshalb arbeiten wir weiter dafür, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.  
260 Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesagentur für Arbeit ihre Unterstützungsangebote  
261 für Berufsrückkehrende weiterentwickelt. Arbeitsuchende Alleinerziehende brauchen  
262 gezielte Unterstützung. Hier kann die Berufsausbildung in Teilzeit ein richtiger Weg sein.  
263 Zudem gilt es, bestehende Lohnungleichheiten bei vergleichbarer Tätigkeit und  
264 Qualifikation zwischen Männern und Frauen abzubauen. Wir fordern deshalb die  
265 Tarifpartner auf, Tarifverträge auf strukturelle Entgeltungleichheit zu überprüfen und  
266 diese, wenn vorhanden, zu überwinden.

267

### 268 **Attraktiver für ausländische Fachkräfte werden**

269 Deutschland braucht Zuwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften, von denen die  
270 heimische Wirtschaft und unser Land insgesamt profitieren. Mit dem  
271 Berufsanerkennungsgesetz und der „Blauen Karte“ haben wir es ausländischen  
272 Fachkräften erleichtert, in Deutschland eine Beschäftigung aufzunehmen. Darüber hinaus  
273 wollen wir in der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ die Qualifizierungsmöglichkeiten  
274 für bei uns lebende ausländische Fachkräfte weiter verbessern. Die Kriterien für  
275 qualifizierte Zuwanderung wie z. B. Schul- und Bildungsabschlüsse, Sprachkenntnisse, der  
276 Wille zur Integration und der Bedarf des Arbeitsmarktes müssen so klar dargestellt  
277 werden, dass interessierte Fachkräfte einfacher erkennen können, ob sie eine realistische  
278 Chance haben, nach Deutschland zu kommen und hier zu arbeiten. Hinzutreten muss eine  
279 Willkommenskultur, die deutlich macht, dass Fachkräfte aus anderen Ländern keine  
280 Bittsteller sind, sondern künftige Leistungsträger unseres Landes.

281

### 282 **Kompetenz und Erfahrung der Älteren nutzen**

283 Immer mehr Menschen wollen auch im Rentenalter beruflich aktiv bleiben. Wir brauchen  
284 sie und ihre Erfahrungen. Wir wollen Arbeitnehmern über die Regelaltersgrenze hinaus  
285 eine Beschäftigung ermöglichen und hierfür Anreize schaffen. Damit beugen wir auch  
286 Fachkräfteengpässen auf dem Arbeitsmarkt vor. Mit der Flexi-Rente sollen dabei beste-  
287 hende arbeits- und sozialrechtliche Hindernisse beseitigt werden.

288

289 Durch das Rentenpaket 2014 wurden auf Drängen der Union bereits wichtige Fortschritte  
290 erzielt: So kann jetzt jeder Arbeitnehmer in Absprache mit seinem Arbeitgeber seinen au-  
291 tomatisch auslaufenden Arbeitsvertrag bei Erreichen der Regelaltersgrenze verlängern –  
292 auch mehrfach.

293

294 Wir wollen die Hinzuverdienstregelungen bei vorgezogenen Altersrenten  
295 weiterentwickeln und ab 63 Jahren einen gleitenden Übergang in die Rente ermöglichen.  
296 Die gleitende Rente erlaubt ein Einkommen aus Rente und Hinzuverdienst in der Höhe des  
297 früheren Einkommens. Rentner können dann auch neben einer Vollrente mehr als 450 Euro  
298 hinzuverdienen. Durch diese Regelungen darf es nach dem Erreichen von  
299 45 Beitragsjahren nicht zu zusätzlichen Anreizen zur Verrentung kommen.

300

301 Wir wollen die Beitragslast für sozialversicherungspflichtig beschäftigte Rentner reformie-  
302 ren. So wollen wir prüfen, ob der bisherige Beitrag des Arbeitgebers zur Rentenversiche-  
303 rung künftig dem Arbeitnehmer zugutekommen und der Beitrag zur Arbeitslosenversiche-  
304 rung abgeschafft werden kann, wenn der Arbeitnehmer das reguläre Rentenalter erreicht  
305 hat. Ebenso prüfen wir, ob und wie etwaige Steuernachteile bei einem späteren Rentenein-  
306 tritt abgebaut werden können.

307

### 308 **III. Land der starken Wirtschaft**

309 Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft schafft gute Arbeit und gewährleistet damit auch das  
310 hohe Niveau der sozialen Absicherung in unserem Land. Höhere Steuern, eine steigende  
311 Beitragslast oder neue Schulden würden unserem Land schaden, da sie die Wettbewerbs-  
312 fähigkeit der Wirtschaft und damit auch die künftige Handlungsfähigkeit des Staates ge-  
313 fährden würden.

314

315 Auch angesichts sich abschwächender Konjunkturaussichten wollen wir die Wettbewerbs-  
316 fähigkeit der Wirtschaft besonders in den Mittelpunkt stellen. Das leitet uns auch bei der  
317 Umsetzung des Koalitionsvertrags. Darüber hinaus wollen wir aber auch zusätzliche Maß-  
318 nahmen zur Stärkung der Wirtschaft in Angriff nehmen und die Staatsschuldenquote wei-  
319 ter zurückführen.

320

### 321 **Sozialpartnerschaft weiterentwickeln**

322 Wir bekennen uns zu Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung. Sie fördern  
323 die Teilhabe der Beschäftigten und haben sich zudem – insbesondere in der Finanz- und  
324 Wirtschaftskrise – als Standortvorteil erwiesen. Wir wollen sie in der globalisierten und  
325 digitalisierten Wirtschaft so weiterentwickeln, dass sie ihre Funktionen auch weiterhin  
326 erfüllen können.

327

### 328 **Gründer stärker unterstützen**

329 Erfolgreiche Gründer von heute sind die Arbeitgeber von morgen. Deshalb kommt es  
330 darauf an, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das Gründer wertschätzt und Grün-  
331 dungen fördert. Das muss schon in der Schule beginnen. Zudem ist es entscheidend,  
332 Gründer in der Gründungs- und Wachstumsphase zu unterstützen, damit sie mit ihren  
333 Produkten und Dienstleistungen erfolgreich den Markteintritt schaffen. Hierfür wollen wir  
334 die Informations- und Beratungsangebote für Ausgründungen an Hochschulen ausbauen

335 und uns für flächendeckende Angebote einsetzen, welche die Verwaltungsschritte zur  
336 Gründung bei einer einzigen Anlaufstelle bündeln.

337

338 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung in Gesprächen mit der Europäischen Kommission  
339 für Fälle des steuerlichen Verlustuntergangs durch zu geringe stille Reserven bei größeren  
340 Kapitalzuführungen oder Gesellschafterwechseln eine beihilferechtlich akzeptierte Lösung  
341 für innovative Unternehmen finden will. Ferner gilt es, die derzeitige Regelung zur  
342 Besteuerung des Carried Interest zu erhalten. Wir werden es weiter unterstützen, wenn  
343 Gewinne aus der Beteiligung an jungen Unternehmen wieder in junge Unternehmen  
344 investiert werden.

345

346 Eine wesentliche Voraussetzung für Gründungen ist das Startkapital. Neue Finanzierungs-  
347 formen, wie online-Kreditportale und Crowdfunding-Plattformen, bei denen sich Kleinan-  
348 leger direkt an Gründungen beteiligen, bieten hier große Chancen. Derzeit ist jedoch ins-  
349 besondere das Crowdfunding nahezu unreguliert. Dadurch sind Kleinanleger verunsichert  
350 und wenig geneigt zu investieren. Die CDU will eine einfache, wirksame Regulierung auf  
351 den Weg bringen. Sie soll Anleger wie Gründer vor Missbrauch, Betrug und Abzocke  
352 schützen, dabei aber praktikabel sein.

353

354 Mit der Steuerbefreiung des INVEST-Zuschusses für Wagniskapital werden wir Beteiligun-  
355 gen an jungen innovativen Unternehmen attraktiver gestalten: Investoren können seit  
356 2013 bis zu 20 Prozent ihrer Beteiligung erstattet bekommen, wenn sie die Anteile min-  
357 destens drei Jahre halten. Mit der Steuerbefreiung wollen wir dafür sorgen, dass sich noch  
358 mehr Investoren für die Förderung junger Unternehmen entscheiden. Wir wollen prüfen,  
359 wie wir die Wagniskapitalfinanzierung in Deutschland darüber hinaus im internationalen  
360 Vergleich noch attraktiver machen können.

361

362 Um erfolgreichen Unternehmen den Zugang zu Kapital über die Börse zu eröffnen bzw. zu  
363 erhalten und bei in- und ausländischen Investoren für Investitionen in die junge deutsche  
364 innovative Wirtschaft zu werben, sollten geeignete Maßnahmen zur Unterstützung von  
365 Börsengängen geprüft werden. Im Rahmen des Börsengangs könnten vorhandene  
366 Finanzierungslücken in der Wachstumsphase junger Unternehmen geschlossen werden.

367

368 Angesichts der internationalen Wirtschaftslage und unseres ehrgeizigen Ziels, keine neuen  
369 Schulden aufzunehmen, geht es darum, Alternativen jenseits der klassischen staatlichen  
370 Förderung zu finden. So werden wir bei der Gesetzgebung künftig besonders auf die  
371 Auswirkungen auf Gründer achten. Wir wollen zudem eine klare Definition des Begriffs  
372 „Startup“, an die gezielte Fördertatbestände oder Ausnahmeregeln geknüpft werden  
373 können.

374

375 Um Gründern ein geeignetes Netzwerk zu bieten, sind Gründerzentren (Inkubatoren) von  
376 großer Bedeutung. Unsere wirtschaftlichen Zentren und große Unternehmen sind gefragt,  
377 solche Angebote in Deutschland weiter auszubauen.

378

379 Jede Gründung erfordert Mut. Auch das Scheitern einer Idee und ein Neustart gehören  
380 dazu. Wir wollen eine neue Gründerkultur, die eine zweite Chance gibt, wenn der erste  
381 Anlauf scheitert. Dies muss sich auch im Insolvenzrecht niederschlagen, etwa bei der  
382 Länge von Aufbewahrungsfristen und den Regeln zu Insolvenzverschleppung. Für viele ist  
383 die Dauer einer Gründung gar nicht das größte Problem, sondern die Dauer der Schließung  
384 eines Unternehmens, wenn eine Idee scheitert. Der gescheiterte Gründer ist oft jahrelang  
385 mit der Abwicklung beschäftigt, statt eine neue Gründung wagen zu können.

386

### 387 **Bürokratie weiter abbauen und Gesetze mittelstandsfreundlich gestalten**

388 Unser Anspruch ist es, Unternehmen in Deutschland Rechtssicherheit und klare Standards  
389 zu bieten, ohne sie durch unnötige Bürokratie zu belasten. Deshalb wollen wir gerade  
390 junge Unternehmen in den ersten drei Jahren von allen Melde- und Informationspflichten  
391 befreien, die nicht zwingend erforderlich sind. Wir wollen innerhalb des Normenkontroll-  
392 rates (NKR) eine Task-Force „Gründer“ schaffen, die neue und bestehende Regeln wie etwa  
393 statistische Meldepflichten auf ihre Auswirkungen für Neugründungen untersucht.

394

395 Wir sprechen uns für einen Bürokratiestopp bei Bund und Ländern aus. Nach dem Prinzip  
396 „one in, one out“ soll für jede Belastung der Wirtschaft zukünftig eine Entlastung in glei-  
397 cher Höhe erfolgen. Wir wollen zudem die Vorschläge des NKR zum Bürokratieabbau nut-  
398 zen. Um Unternehmen die Beschäftigung von Arbeitnehmern zu erleichtern, sprechen wir  
399 uns für den Aufbau eines einheitlichen Antragsportals für alle sozialversicherungsrechtli-  
400 chen Meldepflichten von Arbeitgebern aus. Wir befürworten, so weit wie möglich, alle bü-

401 rokratischen Vorgaben in anderen Feldern ebenfalls in einer Anlaufstelle zusammenzufas-  
402 sen („One Stop Agency“).

403 Wir wollen prüfen, wie die Zahlungsmodalitäten bei den Sozialversicherungsbeiträgen so  
404 geändert werden können, dass die Wirtschaft zumindest bei der Bürokratie bezüglich der  
405 seit 2006 geltenden Fälligkeitsregelung entlastet wird, ohne dass es in öffentlichen Haus-  
406 halten und Versicherungssystemen zu spürbaren Ausfällen kommt. Eine Rückführung des  
407 Liquiditätsverlustes an die Unternehmen wird es nicht geben. Vielmehr werden wir unter  
408 anderem eine zusätzliche entlastende Pauschalregelung bei der Abführung der Sozialver-  
409 sicherungsbeiträge für Arbeitnehmer prüfen. Diese Regelung soll Unternehmen die Mög-  
410 lichkeit eröffnen, die monatlichen Sozialversicherungsbeiträge zunächst in Pauschalen  
411 abzuführen, die auf gesicherten Daten der Vergangenheit beruhen. Eine genaue Abrech-  
412 nung könnte dann jeweils für das abgelaufene Jahr erfolgen.

413

414 Im Sinne einer mittelstandsfreundlichen Gesetzgebung wollen wir Verbesserungen für den  
415 Mittelstand bei Insolvenzanfechtungen und im Mängelgewährleistungsrecht (Einbau- und  
416 Ausbaurkosten bei fehlerhaftem Material) umsetzen. Wichtig sind darüber hinaus Freigren-  
417 zen, die kleinere Unternehmen vor unerfüllbaren Forderungen einzelner Regulierungen  
418 bewahren. Wir wollen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Thesaurierungsregelungen  
419 für Einzelunternehmen prüfen. Es soll attraktiver werden, Gewinne wieder im Unterneh-  
420 men zu investieren. Wir sind zudem der Auffassung, dass ein Tariftreue- und Vergabegesetz durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in weiten Teilen überflüssig ge-  
421 worden ist. Wir fordern daher, die im Koalitionsvertrag hierzu vorgesehene Prüfung  
422 schnell zum Abschluss zu bringen und bei einem entsprechenden Prüfergebnis auf ein Ta-  
423 riftreue- und Vergabegesetz vollständig zu verzichten. Bei europäischen Regulierungsvor-  
424 haben wirken wir frühzeitig darauf hin, dass der daraus erwachsende bürokratische Auf-  
425 wand so gering wie möglich ist.

427

#### 428 **Solide Finanzen sichern und Investitionen ermöglichen**

429 Mit dem Abschluss der jüngsten Haushaltsberatungen hat die CDU erreicht, dass ab dem  
430 Jahr 2015 im Bund keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden. Mit unserer soliden  
431 Haushaltspolitik bleibt Deutschland der Stabilitätsanker in Europa. Solide Haushaltspolitik  
432 schafft Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland. Vertrauen auf solide Rahmen-  
433 bedingungen zieht private Investitionen an. Das ist die Voraussetzung für die wirtschaftli-

434 che Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, die Voraussetzung für sichere  
435 und gute Arbeitsplätze.

436

437 Der Staat muss mit seinen Einnahmen auskommen. Daher darf der ausgeglichene Bundes-  
438 haushalt für 2015 keine Ausnahme sein, sondern muss die Regel werden. Keine neuen  
439 Schulden mehr ist unser Versprechen an künftige Generationen. Wir wollen uns die nöti-  
440 gen Spielräume für Investitionen und Steuerentlastungen durch eine konsequente Konso-  
441 lidierung des Bundeshaushaltes erarbeiten. Dies ist angesichts von Rekordsteuereinnah-  
442 men nicht nur möglich, sondern angesichts der derzeitigen Ausgabenstruktur auch nötig.  
443 Wir wollen den Anteil für Investitionen steigern. Das vom Bundesminister der Finanzen  
444 angekündigte Investitionsprogramm in Höhe von zehn Milliarden Euro wird hierzu einen  
445 wichtigen Beitrag leisten.

446

447 **Ausgeglichener Haushalt, keine Steuererhöhungen, kalte Progression abbauen,**  
448 **Sozialversicherungsbeiträge stabil halten**

449 Die Bekämpfung der kalten Progression bleibt weiterhin eines der wichtigsten Ziele der  
450 CDU in der Steuerpolitik. Lohnerhöhungen, die dem Ausgleich von Preissteigerungen die-  
451 nen, dürfen nicht mehr von einem höheren Steuertarif aufgezehrt werden. Wir wollen  
452 finanzielle Spielräume erarbeiten, um noch in dieser Legislaturperiode Bürgerinnen und  
453 Bürger in einem ersten Schritt bei der kalten Progression zu entlasten. Voraussetzung  
454 hierfür bleiben der ausgeglichene Haushalt und der Verzicht auf Steuererhöhungen. Die  
455 Beseitigung der kalten Progression verstehen wir als Daueraufgabe.

456

457 Das gilt auch mit Blick auf das zu erwartende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur  
458 Erbschaftsteuer. Wir stehen weiter für eine Ausgestaltung der Erbschaftsteuer ein, die den  
459 Generationswechsel in den Unternehmen nicht gefährdet und Arbeitsplätze schützt.

460

461 Ein großer Erfolg der unionsgeführten Bundesregierung ist es, den von Arbeitgebern und  
462 Arbeitnehmern gemeinsam zu finanzierenden Beitrag zu den Sozialversicherungen unter  
463 40 Prozent zu halten. Das ist unser Ziel auch in Zukunft. Dazu ist die weitere Senkung des  
464 Rentenbeitrags ab Anfang 2015 ein wichtiger Beitrag.

465

466 **Gezielt Wachstumsimpulse setzen**

467 Unser „Nein“ zu Steuererhöhungen gilt weiter. Zusätzlich wollen wir die Umsetzung von  
468 Instrumenten prüfen, die technologische und konjunkturelle Impulse geben können, wie  
469 z. B. die steuerliche Forschungsförderung, die Ausweitung der Ist-Besteuerung in der Um-  
470 satzsteuer, die Förderung der CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung, eine Sonder-Afa (Absetzung für  
471 Abnutzung, also Abschreibung) beispielsweise für Gebäude und Elektroautos sowie gene-  
472 relle temporäre Änderungen in der Afa für mehr Investitionsanreize.

473

#### 474 **Saubere, sichere und bezahlbare Energie sichern**

475 Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ist ein Schlüssel zum Erfolg Deutschlands  
476 als Industrie- und Wirtschaftsnation. Diese Ziele müssen uns beim Aufbruch in das  
477 Zeitalter der erneuerbaren Energien leiten. So kann dieses entscheidende Projekt für eine  
478 nachhaltige Zukunft unseres Landes gelingen.

479

480 Deutschland ist mit einem Anteil von 25 Prozent schon heute Vorreiter bei den erneuerba-  
481 ren Energien an der Stromproduktion. Bis zum Jahr 2050 wollen wir deren Anteil auf  
482 80 Prozent steigern und die Emission klimaschädlicher Treibhausgase um mindestens  
483 80 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Gerade mit Blick auf die derzeit in Lima stattfin-  
484 dende Klimakonferenz ist es wichtig, dass Deutschland an seinem Ziel festhält, die Emissi-  
485 onen klimaschädlicher Treibhausgase gegenüber 1990 um 40 Prozent bis 2020 zu reduzie-  
486 ren. Nur so können wir wirksam das Engagement anderer Staaten einfordern. Wir sind da-  
487 von überzeugt, dass es innerhalb einer Generation für das Hochtechnologieland Deutsch-  
488 land möglich ist, die Stromversorgung weitestgehend aus regenerativen Energien zu be-  
489 streiten – und dabei führendes Industrieland zu bleiben. Dafür wollen wir die Stromnetze  
490 ausbauen, Speichertechnologien fördern und die Marktintegration der erneuerbaren Ener-  
491 gie vorantreiben. Ein hohes Niveau an Versorgungssicherheit ist Markenzeichen des  
492 Wirtschaftsstandortes Deutschland. Hier werden wir keine Abstriche zulassen. Deshalb  
493 werden wir die Kohle- und Gaskraftwerke in Deutschland so lange wie nötig weiter nutzen.

494

495 Ein solches Projekt kann nicht im nationalen Alleingang bewältigt werden. So muss unsere  
496 Energiewende in eine internationale Strategie zum Klimaschutz eingebettet sein. Darum  
497 braucht das zentrale Instrument der europäischen Klimaschutzpolitik, der  
498 Emissionshandel, wieder mehr Durchschlagskraft. Hierfür müssen wir es schaffen, die  
499 bestehenden Überschüsse an Zertifikaten so schnell wie möglich abzubauen. So können  
500 wir Anreize für Investitionen und effiziente Technologien setzen. Damit unsere Wirtschaft

501 diese Investitionen tätigen kann, brauchen wir aber auch weiterhin effektive Regeln, die  
502 unsere Wirtschaft im internationalen Wettbewerb schützen und eine Verlagerung von  
503 Produktionskapazitäten ins Ausland verhindern. Einen wirksamen Beitrag zum Schutz  
504 eines fairen Wettbewerbs und des Klimas kann die Ausdehnung des Emissionshandels über  
505 die EU hinaus leisten. Deshalb setzen wir uns für eine schrittweise Einbeziehung weiterer  
506 Länder in den Emissionshandel ein. Langfristig ist unser Ziel, ein weltweites  
507 Handelssystem zu entwickeln. Zudem brauchen wir für Stabilität und  
508 Versorgungssicherheit eine stärkere europäische Verknüpfung der Stromnetze. Die  
509 europäische Perspektive ist auch hinsichtlich der künftigen Förderung erneuerbarer  
510 Energien wichtig. Sie bietet die Chance, erneuerbare Energien gezielter und  
511 kostengünstiger zu fördern und damit dem Ziel stabiler Energiepreise näher zu kommen.

512

513 Unser Ziel ist es, dass die Instrumente des von uns in einem ersten Schritt reformierten  
514 Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) durch ein marktwirtschaftliches Modell abgelöst  
515 werden. Auch beim Thema Energieeffizienz können Deutschland und Europa noch besser  
516 werden. Durch intelligente Systeme verbessern wir so auch die Wettbewerbsfähigkeit der  
517 deutschen Wirtschaft. Insgesamt setzen wir beim Thema Energiewende auf  
518 Technologieoffenheit und einen vielseitigen Energiemix.

519

520 Deshalb sollten wir auch im Hinblick auf die Möglichkeiten von Fracking offen bleiben. Wir  
521 wollen auch in Deutschland im Bereich des unkonventionellen Frackings eine  
522 Forschungsperspektive unter strengster Berücksichtigung des Grundwasserschutzes auf  
523 diesem Gebiet ermöglichen, selbst wenn wir gegenwärtig auf die kommerzielle Anwen-  
524 dung dieser Technologie verzichten. Es gilt zu prüfen, ob Fracking sicher ohne die befürch-  
525 teten Umweltschäden möglich ist.

526

### 527 **Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur bewahren**

528 Eine gute und zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine weitere zentrale Vorausset-  
529 zung für Wachstum und Wohlstand in Deutschland. Wir werden fünf Milliarden Euro zu-  
530 sätzlich in unsere Infrastruktur investieren, aber dennoch besteht darüber hinaus hoher  
531 Investitionsbedarf. Vor allem unsere mittelständische Industrie braucht ein reibungslos  
532 funktionierendes Verkehrssystem und wettbewerbsfähige Transportpreise. Wir setzen auf  
533 eine Vernetzung aller Verkehrsträger. Dazu gehören auch verkehrsträgerübergreifende  
534 Datenplattformen, die über Mobilitätsangebote, Staus, Verspätungen und Fahrplandaten

535 informieren. Unser Leitbild der Verkehrspolitik heißt, eine aktivierende Mobilitätspolitik  
536 zu gestalten. Das bedeutet, dass Investitionen sich an der verkehrlichen Gesamtwirkung  
537 und dem volkswirtschaftlichen Nutzen orientieren müssen.

538

539 Bis zum Jahr 2017 wollen wir die Haushaltsmittel des Bundes für die Infrastruktur auf  
540 zwölf Milliarden Euro steigern. Wir verbessern die Effizienz der Mittelverwendung, indem  
541 die Mittel über Jahresgrenzen hinweg flexibler eingesetzt werden können. Zudem setzen  
542 wir klare Prioritäten, etwa mit der Seehafenhinterland-Anbindung. Den Grundsatz „Erhalt  
543 vor Neubau“ wollen wir konsequent umsetzen, wie zum Beispiel bei den dringend notwen-  
544 digen Brückensanierungen.

545

546 Wir wollen die Nutzerfinanzierung weiterentwickeln. Bereits 2015 soll die Lkw-Maut auf  
547 weiteren 1000 Kilometern autobahnähnlicher Bundesstraßen sowie für Lkw ab 7,5 Tonnen  
548 gelten. Ab 2018 wird die Lkw-Maut auf allen Bundesstraßen erhoben. Wenn 2016 die Pkw-  
549 Maut eingeführt wird, wird sie ebenfalls zusätzliche Investitionsmittel erbringen. Zudem  
550 wollen wir mehr private Investitionen für Verkehrsprojekte; dazu streben wir eine neue  
551 Generation öffentlich rechtlicher Partnerschaften an.

552

### 553 **Chancen des Freihandels nutzen**

554 Deutschland ist als erfolgreiche Exportnation weltweit Spitze. Daher profitieren wir, wie  
555 kaum ein anderes Land auf dieser Welt, von möglichst niedrigen Handelsschranken und  
556 den globalen Handlungsmöglichkeiten unserer Unternehmen. Nicht ohne Grund ist  
557 Deutschland einer der größten Profiteure von Europäischem Binnenmarkt und der  
558 Globalisierung. Deshalb wollen wir den Freihandel weiter voranbringen.

559

560 Besondere Bedeutung haben die angestrebten Freihandelsabkommen der Europäischen  
561 Union mit Kanada (CETA) sowie - vor allem - mit den USA (TTIP). Die Abkommen würden  
562 ein Drittel des Welthandels und 50 Prozent der Weltwirtschaft umfassen. Sie bieten die  
563 Möglichkeit, der Wirtschaft in der westlichen Welt neuen Schwung zu verleihen und un-  
564 sere sozialen und ökologischen Standards weltweit stärker zu verankern. Bedenken bezüg-  
565 lich des Verbraucher- oder Investitionsschutzes nehmen wir ernst. Aber wir führen in  
566 Deutschland die Diskussion an vielen Stellen viel zu verzagt. Die Debatte über „Chlorhüh-  
567 ner“ und andere Klischees und Vorurteile verstellen den Blick auf die enormen Chancen.  
568 Von solchen Abkommen profitieren sowohl die Bürger durch sinkende Verbraucherpreise

569 als auch die exportorientierte deutsche Wirtschaft. Das Freihandelsabkommen muss ne-  
570 ben der NATO die zweite Säule der transatlantischen Partnerschaft werden und zügig und  
571 zielorientiert weiter verhandelt werden.

572

573 Der Mittelstand, der ohne ein solches Abkommen oft an den unterschiedlichen Vorschrif-  
574 ten im grenzüberschreitenden Handel scheitert, soll außerdem durch die Einrichtung einer  
575 Rechtsform „Europa GmbH“ unterstützt werden, damit sich der deutsche Mittelstand stär-  
576 ker international aufstellen kann. Dabei wollen wir sicherstellen, dass es keine negativen  
577 Auswirkungen auf die deutsche Unternehmensmitbestimmung durch  
578 gesellschaftsrechtliche Weichenstellungen auf europäischer Ebene gibt.

579

### 580 **Damit es den Menschen auch in Zukunft gut geht**

581 Als große Volkspartei der Mitte arbeiten wir dafür, dass es den Menschen in unserem Land  
582 auch in Zukunft gut geht. Dafür ist eine wettbewerbsfähige und innovative Wirtschaft, die  
583 die Chancen der Digitalisierung nutzen kann, eine zentrale Voraussetzung. Mit Optimis-  
584 mus, Tatkraft und Offenheit für Neues wollen wir dafür auch weiterhin die Weichen richtig  
585 stellen.